

Fehlende Solidarität Ein Pakt voller Zwänge

Stand: 23.09.2020 17:05 Uhr

Die geplante Asylreform der EU ist von Zwängen geprägt. Solidarität wird zur Verhandlungsmasse und Staaten wie Ungarn oder Polen zu "Rückführungspaten". Ein tragischer Vorschlag aus Brüssel.

Ein Kommentar von Alexander Göbel, ARD-Studio Brüssel

Auf 28 eng bedruckten Seiten schlägt die EU-Kommission einen neuen Asyl- und Migrationspakt vor. Auf fast jeder Seite finden sich Begriffe wie "robust", "effektiv" und "Rückführung". Dieser Text macht unmissverständlich klar: Der neue Schwerpunkt der EU-Asyl- und Migrationspolitik liegt in der Frage, wie die EU all diejenigen möglichst schnell wieder los wird, die offiziell nicht schutzbedürftig sind. Quadratur des Kreises

Länder wie Griechenland und Italien sollen stärker unterstützt und entlastet werden, es soll Vorprüfungen an der Außengrenze geben, um von vornherein die Zahl derjenigen zu reduzieren, die dann für ein Asylverfahren verteilt und aufgenommen werden müssten.

Aber zur Verteilung sollen bisherige Blockierer wie Polen, Ungarn - und nun auch Länder wie Österreich oder Schweden - nur in absoluten Ausnahmefällen verpflichtet werden. Hauptsache, alle leisten überhaupt einen Beitrag zur gemeinsamen Migrationspolitik. Es ist die Quadratur des Kreises, in dem sich Europa schon seit vielen Jahren dreht.

Ob dieser Plan eine Chance auf Umsetzung hat, ist offen. Vieles bleibt unklar: Wie können neue Lager wie Moria tatsächlich wirksam verhindert werden? Wie wird gewährleistet, dass Drittstaaten abgelehnte Asylsuchende zurücknehmen, dass diese Menschen dort auch eine Perspektive bekommen? Wie sieht es mit der Seenotrettung aus, die ja laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen "eine Pflicht" ist und "keine Option"?

Aber das eigentliche Problem hinter den Detailfragen ist ein anderes: Die Kommission hofft, dass sie mit diesen Maßnahmen endlich das Thema europäisieren kann, mit einem neuen Solidaritätsmechanismus. Der soll nicht zwangsläufig bedeuten, dass alle EU-Länder auch Migranten aufnehmen müssen. Staaten wie Ungarn oder Polen könnten sich zum Beispiel finanziell beteiligen oder Beamte stellen, die bei Abschiebungen von nicht anerkannten Asylbewerbern örtliche Behörden unterstützen. Mit diesem Pakt für Migration und Asyl passt die Kommission die viel zitierte europäische Solidarität dem politisch Machbaren an, den Zwängen, den Realitäten. Damit sich - vielleicht - die Hoffnung erfüllt, dass ein paar Staaten mehr mitmachen.

Es ist ein sehr hoher Preis, den die EU für diese Hoffnung bezahlt. Solidarität wird ab sofort maßgeschneidert - ganz im Sinne derjenigen, die keine Geflüchteten aufnehmen und von Solidarität - im moralischen Sinne - gar nichts hören wollen.

Solidarität ist Verhandlungsmasse

Europas Solidarität ist ab sofort flexibel. Die EU reduziert sie auf eine nach innen gerichtete Handlungsmaxime für die Mitgliedsstaaten. Solidarisch - im Sinne der Union wohlgermerkt - handelt in Zukunft schon, wer dabei hilft, Menschen abzuschieben.

Ungarn oder Polen würden im neuen Duktus zu "Rückführungspaten". Dass die Kommission so weit gehen muss, dass sie sich zu dieser eiskalten Definition von Solidarität genötigt sieht, damit die EU überhaupt noch irgendwie weiterkommt bei

Asyl und Migration, das hat viel mit den verlorenen Jahren auf diesem Feld zu tun, ausgelöst vom bisherigen Egoismus vieler EU-Länder. Insofern sagt der Pakt *für* (oder vielmehr *gegen*?) Asyl und Migration viel aus über den Zustand der Europäischen Union - in der Solidarität Verhandlungsmasse ist und bleibt. In dieser vermeintlichen politischen Notwendigkeit steckt die ganze Tragik dieses neuen Vorschlags.

<https://www.tagesschau.de/kommentar/eu-asylplaene-101.html>

gezogen am 29.09.2020

MERKUR VON DER LEYENS MIGRATIONSPLAN

Asyl-Kommentar: Ein neuer Ton aus Brüssel

Von Georg Anastasiadis

Die deutsche EU-Kommissionschefin hat ihren neuen europäischen Asylplan präsentiert. Dabei klingt Ursula von der Leyen ganz anders als Angela Merkel 2015. Ein Kommentar von Merkur-Chefredakteur Georg Anastasiadis.

Als sie im Dezember ihren hochfliegenden „Green New Deal“ in der Klimapolitik präsentierte, sprach EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen vom europäischen Mondlandungsmoment. Von dort ist die deutsche EU-Chefin zügig in die Niederungen der irdischen Tiefebene zurückgekehrt: Ihr gestern vorgestellter Migrationsplan bewegt sich in Tappschritten auf das große Ziel von mehr europäischer Solidarität zu. Und selbst das verspricht jede Menge Ärger, fußt der Plan doch weiterhin auf zwei Prinzipien, die Europa schon in der Flüchtlingskrise 2015 tief entzweiten: dem Dublin-System, wonach die Länder an den (südlichen) EU-Außengrenzen die Asylverfahren abzuwickeln haben, und der Verteilungsquote, die den Osteuropäern so verhasst ist.

Ihnen kommt von der Leyen dennoch weit entgegen: Solange es nicht wieder zu einer krisenhaften Massenmigration kommt, soll in Europa das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Und selbst wenn die EU erneut in einen Ausnahmezustand gerät, sollen sich Länder, die keine Flüchtlinge haben wollen, freikaufen können, indem sie „Abschiebe-Patenschaften“ übernehmen, sprich sich dafür engagieren, abgelehnte Asylbewerber in die Herkunftsländer zurückzuführen. Sogar ein „Abschiebe-Koordinator“ soll installiert werden, der die EU-Rückführungspolitik zentral steuert. 2015 wirkt nach – die Signale, die die deutsche EU-Chefin in Europas Hauptstädte und in die Welt aussendet, unterscheiden sich drastisch von jenen der deutschen Kanzlerin vor fünf Jahren. Auch die neue Härte Athens gegenüber illegaler Migration in der Ägäis fand zuletzt ja den Beifall (oder zumindest die stille Billigung) Brüssels.

Von der Leyen macht es den Orbans damit schwerer, weiter in ihrer Fundamentalopposition zu verharren. Auch der Wiener Kanzler Kurz muss sich überlegen, ob sein neuerliches hartes Nein zu mehr EU-Solidarität das letzte Wort sein kann. Ganz ohne gemeinsame Verantwortung liefert sich Europa den Erdogans dieser Welt ans Messer.

<https://www.merkur.de/politik/asyl-kommentar-ein-neuer-ton-aus-bruessel-13907368.html>

gezogen am 29.09.2020